

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 3 Mk., vierteljährlich 9 Mk. — Veranlagungsbeleg pro Seite 75 Pf. — Feil- und Geschäftsbeleg werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Carl Schüb; Druck: G. Sandmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich Bochum, Riemelshamer Str. 38-42. Telefon-Nr. 83, 89 u. 98. Telegr.-Adr.: A117verband Bochum.

Revierkonferenz für Oberschlesien.

Am Sonntag, den 25. September, versammelten sich die Vertreter des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands und die ihm angehörenden Vertretungen der Betriebsräte zu einer Revierkonferenz für Oberschlesien im Gewerkschaftshaus zu Königs-Hütte. Anwesend waren 847 Delegierte, außerdem die Bezirksleitung. Im Laufe der Verhandlungen trat auch der Kamerad Otto Sue in Vertretung des Verbandsvorstandes ein.

In den letzten Tagen haben sich in Oberschlesien viele Ereignisse abgespielt, die als Nachklänge zu dem blutigen Mai-Juni-Aufstand zu betrachten, aber auch in erster Linie hervorgerufen sind durch die außerordentliche Teuerung und die bei der ober-schlesischen Bevölkerung liegende fieberhafte Spannung hinsichtlich des Erfolges des Völkerverbundes über das Schicksal Oberschlesiens. In mehreren Ortschaften haben große Demonstrationen gegen die Teuerung stattgefunden. Auf etlichen Gruben ist es auch schon zu Zusammenstößen zwischen Werksleitung und Arbeiterchaft gekommen, so zum Beispiel auf der Grube „Konradia“. Am 18. September hat ein von kommunistischen Drahtziehern arrangierter Betriebsrätekongress stattgefunden, der unter anderem 12 Forderungen aufstellte und ausgerechnet den Gewerkschaften eine Frist von 8 bis 10 Tagen stellte zur Durchführung dieser Forderungen. Es ist bezeichnend für die Lage, daß ein von unüberantwortlichen Drahtziehern arrangierter Betriebsrätekongress von den Gewerkschaften die Durchführung seiner Forderungen verlangt, ohne daß die Gewähr geboten ist, daß die Betriebsräte irgend einer gewerkschaftlichen Organisation angehören. Die bisherigen Erfahrungen haben genügend bewiesen, daß es Leute gibt, die in dem Aufputschen der Arbeiterchaft ihr Gewerbe sehen, sich aber darum, wohin diese Aufputscheri schließlich führt, gar keine Gedanken machen. Die erste Folge der Demonstration und der Tumult auf den diversen Werken ist gewesen, daß die Interalliierte Kommission, die bekanntlich zur Zeit die Regierung von Oberschlesien bildet, die Demonstrationen verbietet, und die Abhaltung von Versammlungen erschwert hat. Die vom Verband der Bergarbeiter Deutschlands einberufene Revierkonferenz wurde auch zuerst von der Interalliierten Kommission (I.A.) verboten, fand dann aber auf Vorstellungen unserer Bezirksleitung hin mit Einschränkung der Erörterung statt. Außerdem wurde die Revierkonferenz durch drei Polizeibeamte überwacht. Das ist der Erfolg der kommunistischen Heberhabilitatskrisis.

Der Bezirksleiter, Kamerad Julius Franz, den ja die Delegierten der Organisation zum ersten Male nach dem blutigen Mai-Aufstand wieder begrüßen konnten, eröffnete und leitete die Revierkonferenz. Die Tagesordnung wurde wie folgt festgesetzt: 1. die neuen Lohnabmachungen, 2. die allgemeine Lage, 3. verschiedene Verbandsangelegenheiten.

Ueber die neuen Lohnvereinbarungen referierte Kamerad G. H. Aus seinem Referat sei Folgendes hervorgehoben:

Der Referent warf einen Hinblick auf die bisherigen Lohnbewegungen in Oberschlesien. Die Arbeiterchaft hat sich während des Krieges immer in bezug auf ihre Arbeitsverhältnisse weit hinter den anderen Bergbaubereichen zurückgeblieben. Die ober-schlesische Arbeiterchaft hat nicht verstanden, sich die Anerkennung ihrer Organisation seitens des Werksbesitzer-Verbandes zu erringen. Man habe die Kohlenpreise erhöht, ohne daß die Arbeiterchaft einen Einfluß auf die Lohnentschädigung gehabt habe. Das habe sich erst geändert, seitdem die militärische Herrschaft zusammengebrochen sei. Jetzt kämen die Lohnbewegungen wieder hinter den Kohlenpreis zurück. Der Kohlenpreis sei am 1. Januar 1921 um durchschnittlich 30 Mk. und am 1. Juli 1921 für Exportkohle um 60 Mk. pro Tonne erhöht worden. Die Arbeiterorganisationen seien infolge des Rückschritts verhindert worden, die Ansprüche der Arbeiter nachdrücklich zu vertreten. Auch daraus könne man ersehen, welches Unheil diese Rückschritte bedeuten. Nun sei man, nachdem einigermassen Beruhigung in der Bevölkerung eintrat, an den Werksbesitzerverband herangetreten und habe eine entsprechende Lohnhöhung, und zwar 30 bzw. 40 Prozent, gefordert. Die Werksbesitzer haben die Erledigung der Lohnforderung lange hingezogen. Sie haben die internationalen Wirren in Oberschlesien zum kapitalistischen Vorteil ausgenutzt. Endlich gelang es durch die Vermittlung der deutschen Reichsregierung, in unmittelbare Lohnverhandlungen mit den Unternehmern einzutreten. An diesen Lohnverhandlungen nahmen arbeiterteils sämtliche gewerkschaftlichen Organisationen, also auch die polnische, teil. Das Angebot einer Brot- und Kartoffelzulage erklärten die Arbeitervertreter für zu niedrig und daher für unannehmbar. Sie verlangten eine den Teuerungsverhältnissen entsprechende Lohnhöhung, außerdem aber eine Entschädigung für die Lohnverluste während des Aufstandes. Inzwischen hatten sich die Werksbesitzer mit der I. A. verständigt über eine abermalige Kohlenpreiserhöhung für Exportkohle und zwar durchschnittlich um 30 Mk. die Tonne. Die in Oberschlesien selbst verbrauchte Industriekohle soll keine Preiserhöhung erfahren. Das Verlangen der Arbeiterorganisationen, an den Verhandlungen über die Preiserhöhung teilzunehmen, lehnte die I. A. ab. Wir mußten uns damit abfinden, da andernfalls die Lohnfrage weiter verschleppt worden wäre. Nunmehr traten wir in erneute Verhandlungen über die Lohnhöhe ein. Nach einer vieltägigen Debatte sagten die Werksbesitzer zu, den Durchschnittslohn um 6,50 Mk. pro Schicht zu erhöhen. Die Lohnhöhe wird vom 14. September ab gezahlt für alle Arbeiter und Arbeiterinnen in der Steinkohlenindustrie. Die Erhöhung ist abgestuft nach Arbeitergruppen und nach dem Alter der Lohnempfänger. Die Arbeiter unter Tage bekommen bis zu 8,50 Mk. pro Schicht Zulage, außerdem wird ein Kinder- und ein Hausstandsgeld gezahlt, so daß die höchste Lohnzulage 10,50 Mk. beträgt. Wir werden die Lohnstaffel noch vollständig veröffentlichen. Der Referent schloß mit der Versicherung, daß seitens der Gewerkschaftsvertreter alles getan worden sei, um die höchstmögliche Lohnzulage herauszuholen. Die Kameraden

könnten mit Recht sagen, daß die zugewandene Zulage nicht den Teuerungsverhältnissen entspreche, aber welche Mittel haben wir in der gegenwärtigen Zeit, um höhere Löhne herauszuholen? Sie wissen ja, Kameraden, wie es in Oberschlesien aussieht. Wegen der Demonstrationsumzüge gegen die Teuerung ist bereits ein Umzugsverbot und eine Versammlungsbeschränkung seitens der I. A. eingetreten. Wir befinden uns in einem drückenden Ausnahmezustand. Unsere Hoffnung ist, daß wir aus diesem Ausnahmezustand recht bald herauskommen, um als freie Bürger über unser Schicksal mit unseren Mitteln entscheiden zu können. Da wir diesen Zustand aber noch nicht haben, kann ich Ihnen jetzt nur empfehlen, die angebotene Lohnhöhung anzunehmen. Wir werden nach dem Verlauf der Debatte Ihnen einen entsprechenden Beschluß vorzulegen und bitten Sie, mit aller Kraft dafür einzutreten, daß dieser Beschluß in allen Verlegenschaften durchgeführt wird. (Lebhafte Beifall.)

Kamerad Franz referierte über die wirtschaftliche Lage und führte ungefähr folgendes aus:

Bei der Untersuchung und der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage Oberschlesiens dürfe man nicht von dem Versailles-Friedensvertrag ausgehen. Jeder Gewerkschaftskollege sei verpflichtet, diesen Vertrag zu studieren, damit unsere Kameraden einsehen, daß dieser Vertrag nicht als ein Dokument des Friedens wirken kann, sondern erklärlich macht, warum in einem Teile Europas, so auch in Oberschlesien, ein Kriegszustand fort-dauert. Schlimmer wie in den eben verflochtenen Aufstandswochen ist es ja auch nicht im Kriege hergegangen. Der Versailles-Vertrag ist von seinen Verfassern als ein politisches, imperialistisches Aktenstück behandelt worden. Die wirtschaftliche Notwendigkeit der behandelten Völker und Länder habe aber wegen gar keine Berücksichtigung gefunden. Das ist die Hauptursache der schweren Krise, in der sich die Weltwirtschaft heute befindet. Im Lande der Sieger wie im Lande der Besiegten: überall herrscht Arbeitslosigkeit, Teuerung, Massenelend! In dem Lande mit hoher Valuta sind die Grenzen für den Export gesperrt wegen der hohen Preise und Millionen Menschen sind arbeitslos; so in Amerika aktuell bei sechs Millionen. In einem Lande mit schwacher Valuta, beispielsweise Deutschland und Oesterreich, sind die Preise der Lebenshaltung so ungeheuer gestiegen, weil diese Länder große Mengen Nahrungsmittel aus den valutastarken Ländern einführen müssen. So ist auf diese Weise auch hier ein Massenelend von unergleichlichem Umfange zu verzeichnen. Alle Wirtschaftspolitik von Bedeutung haben nachgewiesen, daß eine Seigniorung der Weltwirtschaft nur möglich ist durch eine vernünftige Revision des Versailles-Vertrages. Was speziell unser Oberschlesien anbelangt, so kann kein Mensch bestreiten, daß Oberschlesien eine Wirtschaftseinheit bildet und daß eine Zerreißung Oberschlesiens unangehören Unheil über beide Teile bringen würde. Das ober-schlesische Problem laßt auf der internationalen Wirtschaft, so auch auf der gesamten internationalen politischen Lage. Wir können daher nicht dringend genug fordern, daß die ober-schlesische Frage gelöst wird im Sinne der Vernunft und Gerechtigkeit. Je länger der Zustand der Unsicherheit besteht, um so kritischer wird unsere Wirtschaftslage, wird die Teuerung und die nationalökonomische Spannung, die sich schon in den entscheidenden Aufstandswochen Ausbruch verschafft hat. Die Aenderung des Versailles-Friedensvertrages ist Grundvoraussetzung für die Seigniorung der Weltwirtschaft. Deutschland leidet unter Kohlennot, wenigstens unter Kohlenmangel. England und Amerika haben großen Kohlenüberschuß, können ihn aber nicht los werden wegen ihrer hohen Valuta. In Frankreich und Belgien ist die Kohlenknappheit vorüber, auch dort herrscht Kohlenüberschuß, aber eine Ausfuhr von da ist abermals verhindert durch den hohen Geldstand des betreffenden Landes. So müssen auf der einen Seite wichtige Industrien ihre Betriebe einstellen und Tausende von Arbeitern entlassen wegen Mangel an Kohle, während auf der anderen Seite der Kohlenüberschuß auch wieder die vielen Tausende von Arbeitern zur Erwerbslosigkeit verdammt. Gute Lage haben heute allerdings die Börsenspekulanten und die Valutahändler. Der Geldwert in Deutschland, Oesterreich, Polen und in der Tschecho-Slowakei ist so gefallen, daß diese nicht wie früher auf dem Weltmarkt aufzutreten. Die Folge davon ist die große Arbeitslosigkeit in dem Siegerstaat. Diese Betrachtung zwingt uns zu der Forderung, daß eine Aenderung des Versailles-Friedensvertrages unbedingt nötig ist und daß im Anschluß hieran eine internationale Regelung der Rohstoffverteilung erfolgen muß. Nach dieser Richtung hin hat sich auch der internationale Gewerkschaftskongress in London im November 1920 entschieden. Das internationale Arbeitsamt in Genf ist ersucht worden, im Sinne dieses Gewerkschaftskongressbeschlusses zu wirken. Ueberhaupt sind die Gewerkschaften mit in erster Linie berufen, an dem Wiederaufbau der Volks- und der Weltwirtschaft praktisch mitzuwirken. Das sollen sich die Unternehmer, die starke Neigung zeigen, die Gewerkschaften wieder wie früher als unbeachtliche Größen zu behandeln, gefogt sein lassen. Ohne die Gewerkschaften oder vielmehr gegen die Gewerkschaften ist ein wirtschaftlicher Aufbau in keinem Lande mehr durchzuführen. Sollen die Gewerkschaften dieser großen Aufgabe aber gerecht werden, dann müssen sie innerlich geschlossen und nach außen recht mächtig sein. Bedenker kommt in diesem Zusammenhang auf den wichtigen Betriebsrätekongress, der am 18. d. M. in Gleiwitz stattfand, zu sprechen und erörtert die dort aufgestellten Forderungen. Diese Forderungen seien gar nicht neu, sondern die Gewerkschaften traten seit Jahren dafür ein. Es sei aber eine reine Kinderlei, zu beschließen, daß die aufgestellten Forderungen von den Gewerkschaften in zehn Tagen durchgeführt werden müßten. Daß dieses nach der gegenwärtigen Lage der Sache eine glatte Unmöglichkeit ist, wissen die kommunistischen Arrangeurs des Betriebsrätekongresses sehr genau. Sie haben ja aber auch nicht die Absicht, praktische Aufbauarbeit zu leisten, sondern ihre Aufgabe ist, die Gewerkschaften bzw. die leitenden Personen in den Gewerkschaften in Mißkredit zu bringen. Wenn dabei auch die gewerkschaftlichen Organisationen zerstört werden, darum lassen sich die kommunistischen Drahtzieher kein großes Saur-

wachen. Kamerad Franz rechnet unter dem lebhaften Beifall der Konferenz scharf mit den kommunistischen Quertreibern ab. Wenn es sich um wirkliche Kommunisten handelt, d. h. um Personen, die den tiefen Sinn des Kommunismus begriffen haben, dann würden wir keine Quertreibereien von ihnen zu befürchten haben, sondern sie würden mit den Gewerkschaften bzw. in den Gewerkschaften für die Solidarität anderer Berufsgenossen eintreten. Aber das ist nicht die Absicht dieser Leute. Die Kameraden, die auf den Betriebsrätekongress gerufen wurden, sind im Dunkeln gelassen über den heimlichen Zweck der Arrangure, die sich im Hintergrund hielten. Die Betriebsräte haben gewiß die beste Absicht gehabt, aber sie haben nicht erkannt, für welche Zwecke sie mißbraucht werden sollen. An Hand der Schriften der russischen Volkswissenschaften, vor allen Dingen aus den Erklärungen Smoljows an die Gewerkschaften aller Länder, weiß der Referent nach, daß diese angeblichen Kommunisten ihren Anhängern empfehlen, nicht mit offenem Visier zu kämpfen, sondern gegen die Gewerkschaften mit List, ungelieblichen Methoden, Verdrängung der Wahrheit vorzugehen. Smoljow sagt ausdrücklich in seinem Schreiben, daß es die Aufgabe der Kommunisten sei, die Spaltung in den Gewerkschaften herbeizuführen, die nach seiner Meinung „erfreulicherweise“ schon bei den politischen Arbeiterparteien eingetreten sei. Die sich im Hintergrund haltenden Arrangure des Betriebsrätekongresses in Gleiwitz sind gelehrige Schüler Moskaus. Auch sie haben es vortrefflich verstanden, ihre wahren Absichten vor den Betriebsräten zu verbergen, so daß leider auch einige Kameraden vom Bergarbeiterverband mißleitet worden sind. Uns aber können die Drahtzieher nicht betriegen. Wir wissen aus ihren eigenen Erklärungen, daß wir es mit bewußten Zerstückler der Arbeiterbewegung zu tun haben. Daher ist es die Pflicht der Rotwehr der Gewerkschaften, sich gegen diese bössartigen Zerstückler zu schützen. Unsere Generalversammlung in Gießen hat daher den Vorstand berechtigt, Kameraden, welche an derartigen Zerstücklungen teilnehmen oder sie begünstigen, aus dem Verbandsauszuschließen. Auch unser Betriebsrätekongress für Oberschlesien vom 25. Juli 1920 hat schon einen ähnlichen Beschluß gefaßt. Wir können also Mitglieder ausschließen, wenn sie an Konferenzen oder ähnlichen Veranstaltungen, die sich gegen den Bergarbeiterverband richten, teilnehmen. Wir wollen aber für dieses Mal es mit dem gewerkschaftlichen Appell bewenden lassen, sich strenger an die Beschlüsse der Organisation zu halten. Wenn dieser Appell nicht gehört wird, so müssen wir leider den Ausschluß der gegen die Beschlüsse der Organisation verstoßenden Mitglieder vornehmen. Hedner schloß mit der dringenden Aufforderung an die Kameraden, nichts zu tun, was geeignet ist, die Stärke der Organisation herabzusetzen. In jüngster Zeit nähme die Zahl der Mitglieder unseres Verbandes in Oberschlesien in erfreulicher Weise zu. Ein Beweis, daß die gewerkschaftliche Einheit bei vielen irreführten Kameraden wieder eingetreten ist. Die Kameraden von Oberschlesien dürfen sich darauf verlassen, daß der Verband der Bergarbeiter Deutschlands wie immer, so auch in Zukunft mit aller ihm zu Gebote stehenden Kraft für die Interessen der ober-schlesischen Bergarbeiter eifrig eintreten wird. Stärkt den Verband, dann wird sein Eintreten um so kräftiger sein. (Stürmischer Beifall.)

Bergmännischer Schultag.

Am 25. September traten die in den Schulvorständen der bergmännischen Fortbildungsschulen amtierenden Mitglieder des Bergarbeiterverbandes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (Afa) in der Aula der Oberrealschule I in Bochum zu einem Schultag zusammen. Die Teilnehmerzahl betrug über 200. Darunter befanden sich 162 Schulvorstandsmitglieder, etwa 70 Teilnehmer der Reichsjugendkonferenz, mehrere Vorstandsmitglieder des Bergarbeiterverbandes, sowie Vertreter der Afa, die Direktoren der bergmännischen Fortbildungsschule und eine größere Anzahl Gäste. Die Besitze war ebenfalls gefüllt und vertreten. Herr Bergschuldirektor Professor Heise-Bochum hatte schriftlich mitgeteilt, daß er Bedenken trage, an der Tagung teilzunehmen, weil nicht Vertreter aller Richtungen in den Schulvorständen geladen seien. Er werde aber Gelegenheit nehmen, sich sonst über den Verlauf der Tagung eingehend zu unterrichten, und er wünsche dieselben guten, die Ziele der bergmännischen Fortbildungsschule fördernden Erfolg. Professor Ostreck-Berlin vom Bund entschiedener Schulreform hatte schriftlich mitgeteilt, daß es ihm bei der Schwierigkeit des Reisens und der beruflichen Gebundenheit leider nicht möglich sei, an der Tagung teilzunehmen. Er bitte aber, der Tagung namens des Bundes entschiedener Schulreform die besten Grüße und Wünsche zu übermitteln. Dagegen nahm das Mitglied des Bundes entschiedener Schulreform Kreulien Dr. Anna Stiefen Düsseldorf an der Tagung teil.

Auf der Tagesordnung standen drei Vorträge, daran schloß sich die Aussprache. Ueber Aufbau und Stand der bergmännischen Fortbildungsschule sprach der Redakteur der Bergarbeiter-Zeitung, Theodor Wagner. Er wies einleitend darauf hin, daß schon am 8. Mai 1921 ein Schultag in Bochum stattgefunden habe, wozu ebenfalls die in den Schulvorständen amtierenden Mitglieder des Bergarbeiterverbandes und der Afa geladen waren, und führte dann weiter u. a. aus:

Soziale sagt im zweiten Teil des Faust: „Das ist der Weisheit letzter Schluss: Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß.“ Man verdient aber nicht nur, sondern besitzt auch erst wirklich, wenn man sich erarbeitet, erkämpft hat. Unsere bergmännische Fortbildungsschule besitzen wir daher um so mehr, weil wir sie uns erarbeitet, erkämpfen mußten. Und wir werden alle Kräfte einsetzen, um sie wachsend zu einer Quelle der Erkenntnis und des Fortschritts zu machen. Diesem großen Ziele soll auch unser Schultag dienen.

Jahresmitteilungen haben die organisierten Bergarbeiter für eine bessere Schulung gekämpft. Aber in der Vorkriegszeit achtete man ihrer leider nur wenig. Zwar sind wiederholt diesbezügliche Erwägungen gepflogen worden. In den Jahren 1913/14 kam es sogar zwischen dem Minister für Handel und Gewerbe und den Vertretern des rheinisch-westfälischen Bergbaues zu direkten Verhandlungen. Aber diese Erwägungen und Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Da kam der Krieg und führte zum Zusammenbruch. Der Wiederaufbau ist nur möglich durch die Entlastung und Zusammenfassung aller Kräfte. Eine bessere Schulung läßt sich nicht mehr umgehen. Aber wieder ging der Anstoß von den organisierten Bergarbeitern aus. Schon am 16. Mai 1919 brachte unser Verbandsvorstand, Abg. Gulemann, in der verfassunggebenden preuklischen Landesversammlung einen Antrag ein, worin die Staatsregierung ersucht wird, die Fortbildungspflicht allgemein für die bergmännische Jugend einzuführen. Nun steht die Reichsverfassung vom 11. August 1919 die Fortbildungspflicht bis zum vollendeten achtzehnten Lebensjahre vor, fast aber nicht, in welcher Weise sie durchzuführen werden soll. Die bürgerlichen Parteien, bedauerlich auch das Zentrum, haben es am 24. November 1919 in der verfassunggebenden preuklischen Landes-

versammlung abgelehnt, das Bergschulwesen zu verstaatlichen, wie es von den Sozialdemokraten gefordert wurde. Somit mußte die Durchführung der Fortbildungspflicht auf andere Weise versucht werden. Der Minister für Handel und Gewerbe, Fischer, hat nun durch Erlass vom 22. April 1920 zur Beratung der Fragen, betreffend die Einführung der Fortbildungspflicht für die jugendlichen Bergarbeiter und die Regelung der gleichen Pflicht für die gewerblichen Arbeiter des rheinisch-westfälischen Industriebezirks einen Arbeitsausschuß aus 11 Mitgliedern berufen und zwar einen Vertreter des Oberbergamts Dortmund, drei Vertreter der Regierung, je drei Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, sowie Professor Heise von der Bochumer Bergschule als sachverständiges Mitglied mit beratender Stimme. Später wurden noch zwei Vertreter für den linken Niederrhein zugezogen. Ueber die Aufgaben dieses Arbeitsausschusses wurde in dem Erlass gesagt:

Der Arbeitsausschuß hat unter Beachtung der durch den Erlass vom 27. September 1913 mitgeteilten Leitsätze und Richtlinien ein Normenentwurf zur Regelung der Fortbildungspflicht für die jugendlichen Bergarbeiter mit Vereinbarung der für den Erlass des Statuts im Betreff kommenden Stellen zu entwerfen, einen Plan für die Schaffung eines Netzes von bergmännischen Fortbildungsschulen mit Vorschriften für die Einrichtung und den Betrieb der Schulen aufzustellen; Vorschläge für die gleichzeitige Durchführung der Fortbildungspflicht für die gewerblichen Arbeiter zu machen und über die sonstigen zur Durchführung des Gesamtplanes erforderlichen Maßnahmen, im besonderen diejenigen zur Heranbildung der Lehrkräfte, zu beraten.

Der Aufgabekreis des Arbeitsausschusses ist hier also scharf umrissen. Ferner ist gesagt, daß der Arbeitsausschuß die in dem Erlass vom 27. September 1913 mitgeteilten Leitsätze und Richtlinien zu beachten hat. Darin heißt es u. a.:

1. Die Fortbildungspflicht soll nicht nur für die Bergarbeiter, sondern für alle gewerblichen Arbeiter im rheinisch-westfälischen Industriebezirk unter 18 Jahren durch Ortsrat der Gemeinden, Kommunalverbände oder Kreise eingeführt werden;
2. die Durchführung der Fortbildungspflicht soll jahrgangweise, beginnend mit demjenigen Jahrgang, der die Volksschule zuletzt verlassen hat, einsetzen. Sie soll ferner für die Bergarbeiter, soweit sie in 8- oder 9-jährigen Schichten beschäftigt werden, grundsätzlich keine Verkürzung der Arbeitszeit herbeiführen; später als um 8 Uhr abends darf aber auch für Bergarbeiter der Schulunterricht nicht stattfinden;
3. als Träger der Schuleinrichtung für die Bergarbeiter wird die jeweilige Berggewerkschaftsleitung zu Bochum in Aussicht genommen. Sie richtet die Schulen nach Maßgabe des Bedürfnisses, unter Berücksichtigung der besonderen bergbauartigen Betriebsverhältnisse, auf ihre Kosten ein und unterhält sie. In ihrem Betreiben, für diese Schulwecke kommunale Schulräume und kommunales Lehrpersonal überlassen zu erhalten, wird sie von den Staatsbehörden unterstützt werden;
4. im Mittelpunkt des bergmännischen Fortbildungsschulunterrichts muß die Berufskunde stehen. Um sie gruppieren sich unter Wahrung ständiger Rhythmus mit ihr als fernere Unterrichtsgegenstände deutsch, Rechnen, Bürgerkunde und hauswirtschaftliche Buchführung.

Auf den hier gegebenen Grundlagen hat dann der Arbeitsausschuß in monatlicher Arbeit die bergmännische Fortbildungsschule als Selbstverwaltungskörper aufgedacht. Die Fortbildungspflicht wird danach für alle gewerblichen Arbeiter, also auch für die Bergarbeiter, durch Ortsrat eingeführt. Die bergmännische Fortbildungsschule gilt als Fortbildungsschule für die allgemeine Fortbildungsschule und hat eine besondere Satzung. Träger der bergmännischen Fortbildungsschule ist für den Oberbergamtsbezirk Dortmund die westfälische Berggewerkschaftsleitung und für den linken Niederrhein der dortige Bergschulbezirk in Wids. Die Schulaufsicht wird durch das Oberbergamt in Dortmund, für den linken Niederrhein durch das Oberbergamt in Bonn, in zweiter Instanz durch den Minister für Handel und Gewerbe ausgeübt. Bei Ausübung der Aufsicht wirkt der Verwaltungsausschuß beratend mit, der aus 10 Mitgliedern besteht, und zwar aus je 3 Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, aus 2 Vertretern der Gemeinden und je 1 Vertreter des Oberbergamts und der Regierung. Die Berggewerkschaftsleitung hat im Verwaltungsausschuß nur beratende Stimme.

Der Verwaltungsausschuß ist das Haupt der bergmännischen Fortbildungsschule. Seine Aufgabe ist es, die Staatsoberbehörde bei der Ausführung der Aufsicht beratend zu unterstützen, sich auf Erfordern sachlich zu äußern, bei Auffüllung und Abänderung des Einrichtungs- und Lehrplans, sowie des Schulwesens und bei Anstellung und Entlohnung der sachlichen Lehrkräfte, die durch die Berggewerkschaftsleitung vorschlägt, der Genehmigung der Aufsichtsbehörde zuzustimmen.

In der Gemeinde, in der eine bergmännische Fortbildungsschule besteht, wird ein Schulvorstand aus 7 Mitgliedern bestellt, und zwar 3 Gemeindevorsteher, von denen einer den Vorsitz führt, je 1 Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, 1 Vertreter der Lehrerschaft und der sachliche Bezirkschulleiter. Dem Schulvorstand liegt ob die Sorge für die äußere Ordnung der Schule, die Herstellung und Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen Schule und Elternhaus, die Festlegung von Disziplinarrufen, die Entschädigung über die Zulassung freiwilliger Schüler, gütliche Beilegung auf Erfordern des Verwaltungsausschusses sowie Schlichtung von Streitfällen zwischen Schülern und Lehrern. Außerdem hat er bei Anstellung der nebenamtlichen Lehrkräfte mitzubewerten. Diese Mitwirkung ist zwar in der Satzung noch nicht festgelegt, sie ist aber in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 4. März 1921 entsprechend dem Wunsch der Gemeinden anerkannt worden. Der erwähnte Schulrat ist noch nicht eingeführt, weil im Arbeitsausschuß nur eine grundsätzliche Übereinstimmung über die Einführung eines Schulleiters für jede Schulklasse, nicht aber über seine Befugnisse erzielt wurde. Es wurde darum dem Minister für Handel und Gewerbe anheimgegeben, nach den für die Bildung von Schulleitern allgemeinen Bestimmungen eine Anweisung zur Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in die Schulordnung ergehen zu lassen. Diese Anordnung ist noch nicht ergangen.

In dem Erlass des Ministers für Handel und Gewerbe waren keine Gemeindevorsteher benannt und es wurden auch folglich keine zu den Verhandlungen des Arbeitsausschusses zugezogen. Die Regierungsvertreter erklärten zudem wiederholt, daß eine Verständigung mit den Gemeinden nur ohnehin möglich sei. Als aber die Arbeiten des Arbeitsausschusses beendet waren und der Minister für Handel und Gewerbe seine Zustimmung erteilt hatte, erhob die rheinisch-westfälische Schulvereinigung Einspruch und forderte hauptsächlich eine Vertretung im Verwaltungsausschuß und eine stärkere Vertretung in den Schulvorständen. Nach längeren Verhandlungen wurde diesen Forderungen entsprochen, wogegen sich die Gemeinden zur losenlosen Übergabe der Schulräume sowie Platz, Heizung und Reinigung bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1922 bereit erklärten. Alle anderen Kosten trägt die Berggewerkschaftsleitung. Wir müssen darauf hinwirken, daß diese Bestimmung so schnell wie möglich beseitigt und die bergmännische Fortbildungsschule zur Daueranrichtung wird. Durch den verbesserten Einspruch der rheinisch-westfälischen Schulvereinigung ist viel kostbare Zeit verloren gegangen, so daß der Schulbetrieb nicht, wie geplant, am 1. April, sondern erst Anfang Juni aufgenommen werden konnte.

Die Ungeklärtheit infolge der Bestimmung laßt ferner auf unserer bergmännischen Fortbildungsschule, die auf diese Weise unterzeichneten des Ministers für Handel und Gewerbe von der Gemeinde entgegennehmen, an denen sie unbeteiligt ist. Der Minister hat keine Gemeindevorsteher in den Arbeitsausschuß berufen und die Gemeinden haben hiergegen nicht rechtzeitig Einspruch erhoben. Diese Angelegenheit müßte die Beteiligten unter sich austragen, unsere bergmännische Fortbildungsschule hat damit nichts zu tun. Um so bedauerlicher ist es, daß sie deshalb in einem Zustand der Ungeklärtheit gehalten wird, der immer schlimmer wirkt und ihre Entwicklung hindert.

Schulspflichtig sind zunächst nur die jugendlichen Arbeiter, welche Herbst 1920 und Ostern 1921 aus der Schule entlassen wurden und die Arbeit im Bergbau aufnehmen haben. Ältere Arbeiter sowie Ausländer können sich mit Zustimmung des Schulvorstandes freiwillig beteiligen. In drei Jahren werden drei Jahrgänge eingeschult und die Schule soll im Betrieb sein.

An der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 15. Juni hat Professor Heise berichtet, daß einhundert in fünf Lehrgängen 443 Volksschullehrer als Lehrkräfte für die bergmännische Fortbildungsschule ausgebildet worden sind. Statt der nach der Statistik des Vorjahres erwarteten Zahl von 8770 Schulpflichtigen für den ersten Lehrgang waren zunächst nur 4376, das sind 50,4 Prozent, vorhanden. Es wird aber damit gerechnet, daß bis zum Schluß des ersten Schuljahres etwa zwei Drittel bis drei Viertel der erwarteten Zahl von 8770 Schülern eingeschult sein werden.

Wir stehen also in jeder Beziehung noch in den Anfängen; der weitere Ausbau kann nur nach und nach voranschreiten. Dieser Ausbau wird um so vollkommener, je mehr alle Kräfte zusammenwirken. Die bergmännische Fortbildungsschule soll auch Aufsteigsschule sein für die

auch auf diese Schulen ausdehnen. Die Vorarbeiten hierzu sind im Gange und wir hoffen, daß sie bald zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden.

Unsere bergmännische Fortbildungsschule stellt als zentralen Selbstverwaltungskörper etwas ganz Neues dar. Betragen vom Beruf, soll sie dem Berufe und darüber hinaus als Glied des Ganzen dem Ganzen dienen. Sie mehr: ihr der Geist der Selbstverwaltung vertieft und diese immer vollkommener gestalten, um so mehr werden wir das Ziel der Schule erreichen und zu Qualitätsmengen und Qualitätsleistungen kommen, wie sie die Zukunft unseres Volkes erfordert. Dabei wollen wir alle mitarbeiten mit heiserer Seele, mit tüchtiger Ueberlegung und klarem Willen.

Der 2. Vortragende, Herr Direktor Rattkemper aus Bochum, sprach sodann über die in der bergmännischen Berufsschule seit längerer gemachten unterrichtlichen Erfahrungen. Ergründend unterzog er den zur Zeit verbindlichen Stoffverteilungsplan, der jedem Erschienenen im Abdruck vorlag, einer kurzen Besprechung. Aus diesem Plane ist ersichtlich zu erkennen, daß unsere Schule eine Berufsschule sein will. Der dargelegte Lehrstoff soll nicht etwas für alle Zeiten feststehendes sein; es soll der Praxis vorbehalten bleiben, ob das Lehrgebiet zu kurz oder durch Aufnahme weiterer Unterrichtsgebiete (Warten- und Obstbaukunde, Turnunterricht, Unterweisung in Kleintierzucht usw.) zu ergänzen ist.

Nunmehr führte Herr Direktor Rattkemper die Versammelten im Gange in eine bergmännische Berufsschule der Gemeinde K. und schilderte in anschaulicher Weise die vor kurzem im Wesen des sachlichen Schulvorstandes in jener Schule in Wirklichkeit gemachten Beobachtungen und Erfahrungen. Das entrollte Bild stellte ungemünzt, und am Schluß des Ganges durch den Unterricht waren die Versammelten wohl ausnahmslos überzeugt, daß die vorgeschriebene Klasse bestens verwaltet wird und die Schüler in unterrichtlicher und erzieherischer Hinsicht von einem hervorragenden Schulmanne vorbildlich geführt werden. Nebenbei entrollte sich aller Schönfärberei. Es wurde nicht nur über Erzieherisches, sondern auch über unterrichtliche weniger Zufriedenstellendes berichtet; aber die Versammlung fand doch unter dem Eindruck, daß auch den Schwachen und Schwächsten auf dem betretenen Wege Befriedigung zu sein wird. Der Lehrer, der uns in dieser Schule begegnete, versteht es in hervorragender Weise, seine Schüler zu fesseln und ihnen die bergmännische Berufsschule zu einer Stätte willigen und frohen Schaffens zu machen. Wenn aus nicht von allen unseren Schulen das gleiche günstige Bild entrollt werden könnte, so dürfte Nebenbei doch feststellen, daß alle an unseren Schulen jetzt wirkenden Lehrer guten Willens sind, der Bergarbeiterjugend als Lehrer ihr Bestes zu geben.

Die Erkenntnis, daß gerade unserer jungen Schule die besten Lehrkräfte dringend notwendig sind, gab dem Vortragenden Veranlassung, die anwesenden Schulvorstandsmitglieder auf die hohe Verantwortlichkeit hinzuweisen, die jedes Schulvorstandsmitglied bei der Mitwirkung in der Auswahl der geeigneten Lehrer übernimmt hat. In eindringlichen Worten führte er der Versammlung vor Augen, daß an die bergmännische Berufsschule wahre Lehrberuflichkeiten berufen werden müssen, daß unsere Schule mit dem Lehrer steht und fällt. Stark ausgeprägte Liebe zu der schwergeährdeten bergmännischen Jugend und Einsicht in die sozialen Räte unserer Zeit, insbesondere unseres Arbeiterstandes, glaubt Nebenbei dem Lehrer der bergmännischen Berufsschule unbedingt voraussetzen zu müssen. Wir brauchen Lehrer, denen es Bedürfnis ist, auch den einfachen Bergmann zu erwärmen und empfänglich zu machen für alles Wahre, Schöne, Gute; wir brauchen starke Lehrberuflichkeiten, aus deren Kraft den jungen Knappen die Kraft austritt für die eigene Persönlichkeitsentwicklung, woran alles Unwahre, Säßliche und Gemeine zerfallen muß. Dieser Appell des Vortragenden an die Schulvorstandsmitglieder dürfte seine Wirkung nicht verfehlt haben.

Die bergmännische Berufsschule hat einen hoffnungsvollen Anfang genommen. Die Eltern unserer Schüler, die Bergarbeiterorganisationen, die Nebenverwaltungen und Nebenbetriebsräte wetteifern mit der westfälischen Berggewerkschaftsleitung und den Lehrern — das ging aus den Ausführungen des Nebenbei unabweislich hervor — unserer bergmännischen Berufsschule eine gezielte Weiterentwicklung zu gewährleisten. Wenn diese berufenen Faktoren in harmonischem Zusammenwirken unsere junge Schule auch fernerhin betreuen, dann kann der Erfolg nicht ausbleiben; dann, aber auch nur dann, wird die bergmännische Berufsschule die Entwicklung nehmen, die der Bergarbeiterstand von ihr erhofft und die wir ihr alle von Herzen wünschen.

Mit den Worten: „Darum frohgemut aus! Vorwärts — aufwärts!“ schloß der Direktor Rattkemper seine Ausführungen.

Ueber „Die Bildung des Arbeiters in der Berufsschule“ sprach dann Frau Dr. Olga Essig, Mitglied des Bundes entschiedener Schulreformer, die u. a. ausführte:

„Schule und Erziehung sind in ihrem Werdegang aufs engste verknüpft mit der wirtschaftlich-kulturellen Entwicklung der Völker. Jede Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hat ein ihrer Organisation und Kulturart entsprechendes Bildungsideal geprägt und ein dementsprechendes Unterrichtswesen geschaffen. Schulformen werden dann geboren, wenn die vorhandenen Bildungseinrichtungen in einer Gegenwart geraten sind zu den wirtschaftlich-geistigen Zeitnotwendigkeiten und dem daraus entstehenden neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsorganismus. Das ist in Deutschland zurzeit in hohem Grade der Fall. Wir können ohne Fügern zu diesen Reformen schreiten, wenn unsere ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse nicht so ungeheuer verworren und unklar wären, wenn wir für die Verfassereinstimmungen auf einer, die Neubildungen auf der anderen Seite nicht so weitestgehend verschiedene Auffassungen hätten. Daraus erklärt sich der Kampf um die neue Schule. Raum ein Zweig des alten Bildungswesens hat den Arbeitern gegenüber so völlig verlagert, wie die Berufsschule. Seitdem die Wirtschaftskrisis die Demokratie in der Wirtschaft (Betriebsräte) und im staatsbürgerlichen Leben weichen mußte, ist dieses Verlagen unerröcklich geworden. Den unter dem Druck der Not geschaffenen Selbsthilfsmöglichkeiten in Form von Betriebsräten muß schnellstens ein grundlegender Umbau des gefamten Berufsschulwesens folgen, insbesondere seines Grundbaues, der Fortbildungsschule.“

Unsere Forderungen für ihre äußere und innere Organisation begannen mit einer kritischen Untersuchung der Struktur der modernen Arbeitsorganisation und ihrer geistig-seelischen Wirkungen auf den Menschen. Diese läßt sich am treffendsten charakterisieren als ein Zustand völliger Anarchie der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die — um mit Karl Marx zu sprechen — den Arbeiter in eine Atomistik verwickelt, indem sie sein Detailgeschäft treibend und fördert durch Unterdrückung einer Welt von produktiven Taten und Anlagen.

Die alte Berufsschule hat in namenloser Verleugung ihrer wahren Aufgaben dem Prozeß der Mechanisierung und Spezialisierung Vorschub geleistet. Das Arbeitsmittel erklug den Menschen im Arbeiter! Demgegenüber suchen wir einen Weg zur neuen Berufsbildung, die zwar die gesellschaftlich notwendige Arbeitsfunktion erfüllt, höchstmögliche Erwerbsfähigkeit fördert, um die notwendige Arbeitsmenge zu garantieren, aber die ihre Aufgabe darin nicht erfüllt sehen darf. Vielmehr setzt die neue Berufsbildung in den Mittelpunkt den Menschen, die Gesamtheit seines Lebensinhalts als eines vielseitig verwendbaren, schaffenden Gliedes der Arbeits-, Lebens- und Kultur-gemeinschaft. Sie ersetzt an Stelle des allbeherrschenden Erwerbsinhalts ein wahrer Gemeinwesen.

Dazu muß die wahre Berufsschule sein im umfassendsten und allseitigsten Sinne dieses Begriffs. Kein Anzeichen von Buchwissen, sondern durch vollverantwortliche körperlich-geistige Arbeit erlangene Erkenntnis und Erfahrung. Kein äußerliches Bekleidendes, kein Uebermaß mechanischer Handarbeit und handwerksmäßiger Technik (das überläßt man ruhig der Arbeitspraxis!), sondern Einbringen in die naturgesetzliche Grundlage des Produktionsprozesses, um „den Schiefer zu zerschlagen“, der den Menschen ihre eigenen Arbeitsvorgänge verdeckt und sie ihm gegenständig zu stellen macht.

Die Welt der Technik mit ihren Wundern, ihren Seltsamen der Arbeit, ihren Mängeln und Neues aus eigener Kraft muß der arbeitenden Jugend erschlossen als das Erzeugnis der beiden ehehen Werkzeuge geistigen Schöpferhandes, nämlich der menschlichen Hand und des menschlichen Geistes, bekannt werden. Es darf nicht sein, daß Männer, die die ganze Welt verstanden haben, herabsteigen auf die Erde der Romantiker, des Buchdrucker, des Geldes, der Uhr, der Dampfmaschine, des Motors, des Motors usw.

Am Arbeitsunterricht hat auch die Erkenntnis und Pflege der Kulturwerte von Arbeit und Technik. Der Arbeiter, die arbeitende Jugend, dürfen nicht länger zurückgehalten werden von den Stätten der Kultur. In ihr sind wir nicht nur unterstellt, sondern wir sind — im Sinne — wir sind nicht länger „Kulturverderber“ des Arbeiters. Wir müssen das geistige Weltbewusstsein überwinden, wie wir das mechanische Weltbewusstsein überwinden.

Die geistig-seelische Entwicklung darf auch nicht nur in der „Menschenkenntnis“ in die „Kultur“, Menschen und ihren Räten. Vielmehr müssen unsere Berufsschulen dieser Durchdringung von Kulturwerte und Pflege und Förderung des geistig-kulturellen Seelischen als Basis allerberuflicher Taten ihrer Aufgabe gerecht werden. Kunst und Literatur müssen eine Weltanschauung in der Berufsschule haben, die die geistig-seelische Entwicklung darstellt und fördert.

Wirk, Gerhard Hauptmann, Max Ebbth u. a.). Wir müssen der Jugend helfen, die angst schlimmen Klippen — solche Freundschaft und solche Liebe — zu umschiffen. Gute Bücher sind Kameraden in Leben und ernsten Tagen! Gute Geselligkeit und Gemeinschaftlichkeit fördern die geistig-seelische Kraft aus. Die Berufsschule pflegt neue Jugendkultur! Dazu bedarf es neben der Betreuung des geistigen Wortes auch gleichzeitige veranlagender Körperkultur. Unser Volk und zumal die Jugend trägt nicht nur mit dieser seelischer, sondern auch körperlicher Last. Dazu kommt die sexuelle Not, die die Schule nicht ignorieren, sondern als eines der ernstesten Gesundheitsprobleme erkennen muß. Hier offenbar sich heute die ganze Verlogenheit unserer jugendlichen Kultur. Lassen wir in unsere Schulen hinein etwas von dem jugendlichen, reinen Geist der Jugendbewegung, von dem „Weimar der arbeitenden Jugend“.

Die Aussprache war nur kurz und ergab Übereinstimmung in allen grundsätzlichen Fragen. Nach etwa fünfstündiger Dauer trat Schluß der gut verlaufenen Tagung ein.

Ein Nachwort zu unserer ersten Reichsjugendkonferenz.

„In der Geschichte der Menschheit waren immer die gegeneinander gerichteten Fronten Jung und Alt vorhanden. Einzig Einmütigkeit der Entwicklung liegt darin. Ist eine Form des Gesellschaftslebens nicht mehr weit genug, die nachwachsenden, aufstrebenden Kräfte der Jugend aufzufangen, so muß sie wohl oder übel deren Revolution weichen. Neue Formen wachsen nach dem ersten Ueberflang. Schaut hinein in die Lebensbücher, blättert auf den Seiten der Vergangenheit: überall zeigen sich die allem Leben eingeborenen Erneuerungsgesetze! Neuerdings scheint der Kampf zwischen Jung und Alt vor allem heftig zu sein. Kein Wunder, hat doch der katastrophale Weltkrieg alle Entwicklungsverbindungen zerstört und mit seinen unerhörten Erlebnissen die Atmosphäre für Lehtes, unbedingtes Entschiedenwerden geschaffen.“

Was sich heute abspielt — Hinterhaltmorde, Umsturzbewegungen — sind Symptome, daß der Kampf zwischen „dem jungen, lähnen Oas“ und „dem alten, grauen Lohhund“ mit erbitterter Mut sich abspielt. Junge Ideen liegen in der Entscheidungsschlacht mit alten Ideen; und seltsam: das, was man — biologisch genommen — Jugend nennt, steht nicht einmal vollständig auf Seiten der neuen Gedankenwelten. Wir sehen einen Teil der Jugend die blaue Blume des Mittelalters suchen. Sie warten, daß der weisheitsreiche Kaiser Barbarossa wieder aus dem Pfaffenhaus komme, um des alten Reiches „Glanz und Herrlichkeit“ neu herbeizujaubern. Es ist begreifbar, zu wissen, daß aber der größere Teil der jungen Menschen von heute, soweit sie in dem geistigen Geschehen unserer Tage gefühl- oder verstandesmäßig Stellung nehmen, in den Reihen, besser vor den Reihen der sozialistischen-republikanischen Zukunftskämpfer einherstreiten. Auch in dem Geir für die neue Idee, für den neuen Staat, für die neue Gesellschaft liegt der uralte Spalt: Alt und Jung. Aber er ist abgemildert, und wer um seine Notwendigkeit weiß, freut sich seiner.

Es sei gleich zu Anfang gesagt, daß auf der ersten Reichsjugendkonferenz unseres Verbandes der Gegensatz keinesfalls in Erscheinung trat, obwohl ein erheblicher Teil der 52 Delegierten, wohl an die Hälfte, im jugendlichen Alter sind und der mit Streikfragen ähnlicher Natur fast angefüllten proletarischen Jugendbewegung angehört. Die Tatsache, daß Gewerkschaftsarbeit im Hauptgeschäftlichen den Verband und klare Sachlichkeit erfordert, allerdings mit der tiefgefühlten Begeisterungsfähigkeit als Ueboden, mag dabei entscheidend wirken. Die Jugend weiß zu gut, daß der von ihr erstrebte Kultursozialismus ohne in gleichen Maße sich wandelnde soziale Verhältnisse keine Ausbreitung über das ganze Volk erhält. Dann kam hinzu: gewerkschaftliche Tätigkeit und Einstellung ist ein ziemlich abgegrenztes Land, auf dem Träumen und Ausschwärmen keine bunten Blüten finden können. Unsere Jungkameraden auf der Reichsjugendkonferenz hatten erstreulicherweise recht viel Wirklichkeitsinn und dazu Verständnis für Lebensnotwendigkeiten der Wirtschaft, in der wir trotz der von uns flammend bekämpften Besitz- und Produktionsform mit unseren Interessen eingegliedert sind.

So verlief denn die erste Reichstagung unserer Bergarbeiterjugend äußerst zufriedenstellend und ergebnisbringend. Sie begann am Montag, dem 26. September, vormittags, im Verbandsheim in Bochum, dessen Vordergebäude eine hellrote und eine schwarz-rot-goldene Fahne herausgesteckt hatten. Die Tagung dauerte zwei Tage. Nach einer herzlichen Begrüßung durch den Verbandsvorsitzenden H. F. Mann referierte Kamerad Martindler (Bochum) über „Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben“ des Verbandes. Seine Ausführungen begeisterten unsere früheren Arbeiter, die der Vorkriegszeit. Damals standen wir noch nicht unter dem Zwang, Mitverantwortliche und Mitgestaltende an der Wirtschaft sein zu müssen. Die nächsten Jahrzehnte werden aber mehr und mehr in die feinsten Blutadern des volkswirtschaftlichen Körpers hineinwachsen lassen.

Ueber „Zweck, Organisation und Bildungsarbeit“ sprach Kamerad Franz Dierroth (Bochum). Des besonnenen Philosophen Redefertigung Wort, daß nur der für den Aufbau berufen wäre, der sich jetzt schon für diesen Beruf vorbereitet, setzte er feinen Ausführungen hervor, die im übrigen an die wirtschaftlichen Betrachtungen seines Vorredners anknüpften. Die Wandlungen im Staat und in der Wirtschaft verlangen eine neue, classische Einstellung der Gewerkschaften. Aus neugierden, sich lediglich um die Steigerung der Lebenshaltung des Arbeiters bemühen den Organisations sind sie zu positiven Stellen des volkswirtschaftlichen Zustandes geworden. Dieser Zustand — der der kapitalistischen Wirtschaft — soll allerdings keinen Bestand haben. Um schöpferisch umzugestalten, braucht es nicht allein Führer, durchdringender Köpfe, sondern ganz besonders eines disziplinierten, geschulten und gebildeten Gewerkschaftsaufmarsches. Hier liegen die Aufgaben der Jugendabteilungen. Mit der Erfüllung dieses Zweckes werden sie zur Ergänzung der sozialistischen Jugendbewegung, deren Wert im Hervorbringen eines neuen, sozialistischen Menschentypus, in der Aufstellung eines stützenden Lebensprinzips und im Ausweiten des Begriffs Sozialismus nach der kulturellen Seite hin liegt. Osterroth gab weiterhin nach einem Bericht über die Tätigkeit der Jugendzentrale in den beiden Jahren ihres Bestehens praktische Winke in bezug auf die Jugendarbeit in Bezirken und Jahreshellen. Nach ihm berichtete B. Zimmer (Saarbrücken) über die Jugendkonferenz des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Piffel. Ihm folgte ein Referat des Offener Jugendsekretärs J. Wiggeler über „Bergarbeiter und Jugend“.

Der Vortragende führte seine Zuhörer in die Geschichte der Bergarbeiter, um die unerhörten Seiten der Jugendarbeit in früheren Jahrhunderten aufzuzeigen. Die bisherigen Schulbestimmungen für Jugendliche und ihre Anwendung fanden durch ihn eine scharfe Kritik. Er empfahl eine zur Jugendfrage von der Zentrale vorgelegte Entschädigung an Reichstag, Reichsregierung und an die Saar-Regierung des Völkerbundes, worin ein einheitliches Reichsjugendgesetz nach den Forderungen des Reichsausschusses der Arbeiterjugendorganisationen gefordert wird. Im besonderen wird in der Entschädigung verlangt: sechs stündige Arbeitszeit für Jugendliche unter 16 Jahren, Ferien für Jugendliche (für Bergarbeiter 21 Tage, für fünfzehnjährige 12 Tage, für Sechzehnjährige 15 und für Sechzehnjährige 12 Tage), Verbot von Ueber- und Nachtarbeit von Nicht-Sechzehnjährigen, Verbot der Beschäftigung in Metallfabriken, beim Abschleppen am Förderband, in Kokeren, beim Wetterlampenfüllen, beim Dampfseilziehen usw.

Das Referat von Kamerad E. Wagner (Bochum) zu Wort, um sein Referat über „Aufbau und Stand der bergmännischen Fortbildungsschule“, welches er tags zuvor auf dem rheinisch-westfälischen Schullag in Gegenwart der Delegierten gehalten hatte, im einzelnen zu ergänzen. Hierbei kam der Wille der Konferenz zum Ausdruck, es möge in jedem Bergbezirk die bergmännische Fortbildungsschule zur Einführung gelangen.

Das Referat von Kamerad E. Wagner (Bochum) zu Wort, um sein Referat über „Aufbau und Stand der bergmännischen Fortbildungsschule“, welches er tags zuvor auf dem rheinisch-westfälischen Schullag in Gegenwart der Delegierten gehalten hatte, im einzelnen zu ergänzen. Hierbei kam der Wille der Konferenz zum Ausdruck, es möge in jedem Bergbezirk die bergmännische Fortbildungsschule zur Einführung gelangen.

